

Koalition lässt stadtpolitische Bewegung im Stich

Im Streit um die Verbesserung der Kooperationsvereinbarung mit den Landeseigenen Wohnungsunternehmen werden Forderungen stadtpolitischer Initiativen weitgehend ignoriert

Nach langen und zähen Verhandlungen zwischen Senat und Landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) über die Novellierung der Kooperationsvereinbarung (KoopV) steht nun fest, dass sich fast nichts ändert: Die Quoten für niedrigpreisigen Wohnraum werden etwas angehoben. Das ist gut und notwendig. **Die Quote 100% bezahlbarer Wohnraum wird aber verweigert.** Warum sollen unsere Wohnungsunternehmen überhaupt hochpreisige Wohnungen vermieten?

Darüber hinaus: Seit mehreren Jahren fordern stadtpolitische Initiativen eine weitreichende Reform der LWU, um sie sozialer auszurichten und zu demokratisieren. Dabei geht es zum Beispiel darum, die Schlupflöcher für Mieterhöhungen durch Modernisierungen zu stopfen oder die Mieter*innen-Mitbestimmung auszubauen, **auch und gerade für selbstorganisierte Mieter*innen-Organisationen.** Eine Demokratisierung der Unternehmen ist wichtig, um deren soziale Ausrichtung über Legislaturperioden hinweg zu garantieren und um die Identifikation der Mieter*innen mit ihren Nachbarschaften und Unternehmen zu stärken.

Die LWU haben direkte Gespräche mit uns als Bündnis kommunal & selbstverwaltet Wohnen zur Umsetzung dieser Forderungen abgebrochen. Wir haben uns deshalb an die Politik gewandt und unsere Forderungen in vielen Formaten mit Vertreter*innen von Regierung und Abgeordnetenhaus diskutiert.

Seitens Koalitionsfraktionen und Spitzen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der Senatsverwaltung für Finanzen wurde Unterstützung signalisiert. Zum Beispiel beim [Ersten stadtpolitischen Hearing](#) des Initiativenforums Stadtpolitik Berlin am 5. Juni 2019, bei dem Iris Spranger (SPD), Gaby Gottwald (LINKE) und Katrin Schmidtberger (Grüne) **breiten Konsens bekundet hatten.** Zuletzt hatte der Finanzsenator in einem Treffen mit uns zugesagt, sich für die Anerkennung von Formen der Selbstorganisation von Mieter*innen durch die LWU einzusetzen.

Von all diesen Versprechungen ist im Verhandlungsergebnis nichts übrig.

Lisa Vollmer vom Bündnis kommunal & selbstverwaltet Wohnen:

„Unsere jahrelange Arbeit ist für die Tonne. Nach der Benennung von Volker Härtig als Vorstand der WVB ist das das nächste Signal, dass die Koalition offenbar kein Interesse an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der stadtpolitischen Bewegung und einer wirklich sozialen Mietenpolitik hat.“

Die detaillierten KoopV-Forderungen der stadtpolitischen Initiativen finden sich hier:

- Bündnis kommunal & selbstverwaltet Wohnen: https://kommunal-selbstverwaltet-wohnen.de/2019_ueberarbeitung_koopv_kuswo.pdf
- Mietenvolksentscheid: <https://mietenvolksentscheidberlin.de/ag-mve-die-lwu-an-die-kandare-nehmen/>

Zeichnende Initiativen:

- Bündnis kommunal & selbstverwaltet Wohnen: kommunal-selbstverwaltet-wohnen.de
- AG Gesetz Mietenvolksentscheid: mietenvolksentscheidberlin.de
- bizim kiez: bizim-kiez.de
- kotti & co: kottiundco.net
- Mieterprotest Kosmosviertel: mieterprotest-kosmosviertel.de, facebook.com/mieterprotest.kosmosviertel
- stadt von unten: stadtvonunten.de